



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Literaturgeschichtliches

Die Gesellschaft der Bibliophilen veranstaltete in den Jahren 1904, 1908 und 1909 als Privatdruck für ihre Mitglieder eine Sammlung von Urteilen der Zeitgenossen und von Dokumenten über „Schillers Persönlichkeit“. Den ersten Band dieses Werkes gab Max F. Hecker heraus, die beiden folgenden **Julius Petersen**, der nun eine Auslese der Berichte, in denen Schiller redend eingeführt wird, unter dem Titel „**Schillers Gespräche**“ zusammengestellt hat (Leipzig, Insel-Verlag, 3 M.). Ein solches Unternehmen verspricht von vornherein reiche Ausbeute, wenn es sich natürlich auch nicht — schon im Hinblick auf Schillers frühen Tod — mit den großartigen Sammlungen der Gespräche Goethes vergleichen läßt. Keiner der Zeitgenossen Schillers hat ja daran gedacht, sogleich nach den Unterredungen die Worte des Dichters sorgfältig aufzuschreiben mit der ausgesprochenen Absicht, sie der Nachwelt zu überliefern, wie es Goethes Freunde Eckermann und Zelter taten, die sich dadurch überdies ihre eigene Unsterblichkeit sichern wollten. Leider hat Schiller kein Tagebuch geführt; er ist auch nicht dazu gekommen, seine Selbstbiographie zu schreiben; um so mehr ist Petersens Arbeit zu begrüßen, die eine wertvolle Ergänzung zu Schillers Briefen und mit ihnen zusammen eine Geschichte seines Lebens und seines Geistes bildet, eine notwendige Ergänzung auch zu jeder Ausgabe der Werke unseres populärsten Klassikers. *

Offizier- und Beamtenfragen

Gewesene Leute. Vor mir liegen Satzungen, Mitgliederstatistik und letzter Geschäftsbericht des Militär-Hilfsvereins im Bereiche eines unserer Korps.

Sein Zweck ist, unbemittelte Witwen und Waisen von aktiven, inaktiven, Reserve- und Landwehrr-, Sanitäts- und Veterinäroffizieren

und höheren Militärbeamten, besonders unterer Dienstgrade, im Korpsbereich zu unterstützen, wo Staatshilfe beschränkt oder nicht gewährt wird, namentlich durch Vermittlung selbständiger Erwerbstätigkeit.

Mitglied des Vereins wird, wer sich zur Zahlung eines fortlaufenden jährlichen Beitrages von wenigstens 6 Mark verpflichtet. — Der seit knapp zehn Jahren bestehende Verein weist ein Vermögen von rund 153 000 Mark auf, hat im letzten Geschäftsjahr rund 17 000 Mark an Unterstützungen gezahlt und 7500 Mark auf neue Rechnung vortragen können. Der Verein verdankt sein segensreiches Dasein der tatkräftigen Anregung eines früheren kommandierenden Generals. — Sämtliche Offiziere der aktiven Truppenteile des Armeekorps gehören geschlossen dem Verein an.

Bei einem Mindestbeitrag von 6 Mark opfert ein Infanterieleutnant mit durchschnittlicher Monatszulage 2,5 Prozent weit-schichtiger Wohltätigkeit; sein Scherflein kommt unter Umständen den Hinterbliebenen eines mittellos abgeschiedenen Militärbeamten zugute: Charity begins at home. Das Opfer kann auch der bedrängten Witwe eines inaktiven Offiziers zugute kommen. Warum warten, bis der Mann tot ist?! — Die behördliche Sanktion eines Abzugs von 0,25 Prozent des pensionsfähigen Jahreseinkommens bei jedem aktiven Offizier würde eine Jahreseinnahme schaffen, die verabschiedet werdenden Offizieren in der Altersspannung zwischen fünfunddreißig und fünfzig Jahren anfängliche Betriebsmittel für bürgerliche Berufstätigkeit gewährte. Gelingt es, die überwiegende Mehrheit verabschiedeter Offiziere zu gewinnen, daß sie 0,25 Prozent ihrer Jahrespension opfern, so wird ein nennenswerter Beitrag dem Grundstock zugeführt, dessen Schaffung durch Munizipal-generosität unserer Gönner angestrebt werden muß, um eine leistungsfähige Zentrale für die Wahrung

der wirtschaftlichen Interessen verabschiedeter Offiziere zu schaffen und zu unterhalten.

Selbst die Kosten zu decken, geht über unsere Kraft. Aus praktischer Erfahrung durch Mitarbeit an Schaffung von Interessenverbänden warne ich hartnäckig vor Versuchungen mit unzureichenden Geldmitteln!

Unsere Offiziere müssen durch fortlaufende Abhandlungen berufener Sachleute mit der Materie befreundet werden, die für sie in Frage kommt, wenn sie im Verabschiedungsfalle einen bürgerlichen Beruf ergreifen wollen oder müssen. Nur so werden sie befähigt, sich ruhig auf ihre Sonderbefähigung zu prüfen und gründlich vorzuarbeiten. Die Ablehnung aus Industriekreisen, Offiziere anzustellen, betont, daß ihnen erfahrungsgemäß breite, praktisch wissenschaftliche Unterlage fehle. Durch ununterbrochene Fühlung mit Behörden und Privatbetrieben müssen in bestehenden Organisationen Stellen erobert, müssen Neubildungen angeregt und ausgenutzt werden. Bureaufkräftiger Schematismus, der Stellenausgebote von Arbeitgeberern lediglich den Bewerbern zuschreibt, ihnen das Weitererlassende, ist auf jedem Gebiete unfruchtbar, hier besonders, wo unstreitig Mißtrauen herrscht. Endlich muß Hilfe mit Rat und Tat in Rechts- und Wirtschaftsfragen geschaffen werden. Die Unerfahrenheit ist hier bedenklich groß.

Meine Werbetätigkeit hat mir manche Zuschrift eingetragen: „Ich glaube, daß ein Zusammenschluß der inaktiven Offiziere zu dem beregten Zwecke einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht; ich habe mich oft gefragt, warum in einer Zeit, wo sämtliche Berufe und Stände sich zu gegenseitiger Fürsorge und zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben, ein derartiger Zusammenschluß der inaktiven Offiziere bis jetzt nicht stattgefunden hat. Ich bin gewiß, daß einer Vereinigung in dem angeregten Sinne, die in enger Fühlung mit dem Kriegsministerium arbeitet, sich die allergrößte Zahl der inaktiven Offiziere anschließen würde, und daß eine solche eine segensreiche Tätigkeit entwickeln könnte.“

Einer für viele: „Fühlung mit dem Kriegsministerium.“ Das erlösende Wort! Individuelle Verbissenheit gegen die Behörde

hat Anspruch auf menschliches Verständnis, aber nicht auf taktische Verwertung. Ein Arbeitnehmerzuschverband unter dieser Flagge hätte es mit mehr als einem Arbeitgeber von vornherein verspielt. Wir werden ohnehin die Schnüffler bald genug auf unserer Fährte spüren. — Und das Kriegsministerium soll zunächst nichts tun als uns glauben, daß wir es ehrlich und verständig meinen; was wir zuwege bringen, wird sich ja zeigen.

Major a. D. von Brigen-Düsseldorf

Tagesfragen

Die Presse im ober-schlesischen Industriebezirk. Daß der ober-schlesische Industriebezirk im Laufe der letzten Jahre zu einer Hochburg der polnischen Bestrebungen geworden ist, ist bekannt, ebenso, daß die Gefahr weiterer Erstarkung des Polentums als recht dringend anzusehen ist. Dem entspricht auch, daß sich das Deutschtum auf allen möglichen Gebieten bemüht, diesem Vordringen einen Damm entgegenzusetzen. Zweck dieser Zeilen ist, auf ein Gebiet aufmerksam zu machen, auf dem bisher nicht das mindeste geschehen ist, aber wohl manches geschehen könnte. Ich meine die Verhältnisse der Presse in Oberschlesien.

Zunächst eins: Dem ober-schlesischen Industriebezirk fehlt eine große „liberale“ Zeitung, liberal in dem Sinne, in dem das Wort hier gebraucht wird. Praktisch kommen hier nur drei große politische Gruppen in Betracht, nämlich erstens das Zentrum, zweitens die Polen in ihren verschiedenen Schattierungen, und drittens alle die, die deutsch und nicht zentrumsangehörig sind und meist kurz mit dem Sammelnamen „liberal“ bezeichnet werden. Keine dieser drei Gruppen verfügt über eine wirklich großzügige Zeitung, vielmehr sind die Parteiorgane durchweg kleine Blätter mit entsprechendem Gesichtskreise. Damit braucht gar kein Vorwurf gegen die betreffenden Blätter erhoben zu sein. Es liegt dies vielmehr an der unwirtschaftlichen Kraftzersplitterung, als die das Nebeneinanderbestehen zahlreicher kleiner Zeitungen im selben Gebiete anzusehen ist, die natürlich nicht dasselbe leisten können wie ein großes Blatt. Ob dieser Zustand ihrer Presse dem

Zentrum und den Polen schädlich ist, oder ob bei diesen Parteien noch andere Gesichtspunkte in Betracht kommen, mag dahingestellt bleiben. Nicht wegzuleugnen sind jedenfalls die Schäden, die für das Deutschum aus dem Zustande seiner Presse entstehen. Man sehe sich einmal von diesem Gesichtspunkte aus eines der hiesigen „liberalen“ Blätter an. Parteipolitisch stehen sie meist ziemlich links. Sie erfüllen die Aufgaben eines kleinen Lokalblattes im allgemeinen in leidlich zufriedenstellender Weise, sind auch mit telegraphischen Nachrichten usw. im allgemeinen recht gut bedient. Aber als politische Blätter kommen sie überhaupt nicht in Betracht; sie sind ohne jeden politischen Einfluß. Die gebildeten deutschen Kreise lesen sie entweder überhaupt nicht, oder nur deshalb, um über die kleinen Ereignisse der Stadt und der unmittelbaren Umgebung auf dem laufenden zu bleiben. Im übrigen aber liest man eine auswärtige, meist Berliner Zeitung, und soweit die in Betracht kommenden Kreise dem Freisinn zuneigen, und das ist wohl zu einem recht großen Teil der Fall, bildet ihre Lieblingslektüre das Berliner Tageblatt, das wahrlich nicht zur Hebung des Deutschbewußtseins in seinen Lesern dient. Wenn nun statt der vielen kleinen Zeitungen eine große bestünde, so würden ihr, wie man wohl annehmen darf, all diese Kreise als Leser zufallen und dadurch ein ganz anderer Zug in das deutsche politische Leben kommen. Und andererseits: eine solche Zeitung würde die Allgemeinheit, ihre eigenen Leser und die Presse im Reich weit besser und wirksamer über das unterrichten können, was sich hier abspielt. Wir leben auf einem äußerst gefährlichen Boden, und es ereignet sich auf deutscher, polnischer und Zentrumsseite so manches, was geeignet wäre, vor einem größeren Kreise besprochen zu werden, Dinge, deren wirklich großzügige Erörterung in der Presse Nutzen stiften könnte. Die hiesige Presse leistet das nicht und kann es nicht leisten. Dazu bewegen sich ihre politischen Erörterungen auf, gelinde gesagt, allzu subalternem Boden. All dem würde abgeholfen werden, wenn sich jemand fände, der den Mut und das Kapital besäße und den Versuch wagte, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Sollte es nicht möglich sein, in einem so volkreichen Gebiete,

mit seiner Unzahl von Beamten und Angehörigen der Technik und Industrie und des Handels eine wirklich große Zeitung ins Leben zu rufen und sie lebensfähig zu erhalten? Ein solches Blatt müßte, wenn es Boden finden sollte, etwa auf linksnational-liberalem Standpunkte stehen und politisch, wissenschaftlich und belletristisch all das bringen, was man von einer „großen“ Zeitung verlangt. Daß die antipolnischen Bestrebungen einer solchen Zeitung auch bei ihren weiter links stehenden Lesern Anklang finden würden, glaube ich annehmen zu dürfen. Wer tagtäglich gezwungen ist, gewisse Dinge nicht theoretisch, sondern praktisch zu betrachten, gelangt eben zu ganz anderen Anschauungen als der bloße Doktrinär. Ein solches Blatt würde zugleich ein Lokalblatt für den gesamten Industriebezirk sein, denn bei den guten Verbindungen, der Unzahl von Eisen- und elektrischen Bahnen, die dieses ganze Gebiet durchziehen, bildet es tatsächlich nur eine große Stadt von Gleiwitz bis Myslowitz.

Vielleicht noch wichtiger aber wäre folgendes, und ich weiß mich auch damit in Übereinstimmung mit manchem Kenner der hiesigen Verhältnisse: So merkwürdig und auf den ersten Blick lächerlich es vielleicht klingen mag, wir brauchen hier einen polnischen „Lokalanzeiger“. Man mag über ein Blatt wie den Berliner Lokalanzeiger und die ihm nachgebildeten Lokalblätter anderer Städte denken wie man will, eine Sache ist nicht damit erledigt, daß man sie als schlecht nachweist, es bleibt vielmehr immer noch zu prüfen, ob sie nicht von zwei Übeln das kleinere ist. So liegt die Sache aber auch hier. Eine wirklich gute ernsthafte Zeitung ist eben für viele Leute nicht die geeignete Kost. Ich bin überzeugt, daß sehr viele von den Einwohnern Groß-Berlins den Vorwärts lesen und damit der Sozialdemokratie anheimfallen würden, wenn sie — oder ihre besseren Hälften — nicht der ihnen vom Lokalanzeiger für billiges Geld gebotene Lesestoff mehr reizte als die öden Schimpfereien des Vorwärts. Ist das aber richtig, so dürfte es auch ohne weiteres auf die hiesigen Verhältnisse entsprechend anwendbar sein. Die Verhegung wird hier hauptsächlich durch die polnischen Zeitungen ins Volk getragen. Die

Leute sind zum großen Teil politisch Polen, weil sie polnische Blätter lesen, nicht etwa lesen sie umgekehrt polnische Zeitungen, weil sie politisch Polen sind. Daß gegenwärtig und noch auf Jahrzehnte hinaus ein großer Teil der Industriearbeiter, der Landbevölkerung und auch des Mittelstandes lieber polnisch als deutsch liest, damit muß man sich abfinden, und es ist dies eine Tatsache, die selbst bei dem, der sich deutsch verständigen kann, leicht erklärlich und wohl auch berechtigt, zum mindesten aber verzeihlich ist. Da diese Leute Blätter, die polnisch geschrieben sind, in nationaler Hinsicht aber deutsch oder doch wenigstens unparteiisch sind, nicht zu lesen bekommen, so lesen sie eben polnische Hefblätter. Noch aber ist es Zeit, dem Wirken dieser Presse entgegenzutreten. Noch gilt es in weiten Kreisen der polnischen Bevölkerung als Schande und als ein ungern eingestandener Bildungsmangel, nicht Deutsch zu können. Noch hat bei ihnen das Wort „Du bist ja polnisch“ denselben Sinn, den man in Berlin mit den Worten „Sie ungebildeter Mensch“ verbindet. Ich erinnere mich einer Gerichtsverhandlung über eine Prügelei. Den Anlaß dazu hatte eine etwas heftige politische Auseinandersetzung gegeben, in deren Verlaufe der eine zum andern in seinem gebrochenen obereschlesischen Dialekt gesagt hatte: „Das sage ich dir, wenn der Bismarck nicht gewesen wäre, dann wären wir alle Polen, dann hätten wir keine Schulen und könnten nicht lesen und schreiben.“ So verworren die Geschichtsauffassung dieses Braven auch sein mag, so erfreulich ist doch die daraus sprechende Überzeugung davon, was dieses Volk dem preussischen Staate verdankt, und jeder Kenner der Verhältnisse wird bestätigen, daß solche Gesinnung keineswegs vereinzelt ist. Nun, so mache man aus der Not eine Tugend. Da diese Leute eine deutsch geschriebene Zeitung nicht lesen wollen, vielfach gar nicht lesen können, so gebe man ihnen eine deutsche Zeitung in polnischer Sprache, etwas billiger als die polnischen Blätter, ausgestattet im Sinne einer parteilosen Zeitung mit recht vielen „interessanten“ Nachrichten, eingehender Be-

schreibung aller stattfindenden Professionen, Knappschäfts-, Kriegervereinsfeste usw., womöglich mit Abbildungen. Dazu müßten gelegentlich in unaufdringlicher Weise Notizen kommen, die geeignet sind, das Deutschbewußtsein des Lesers zu stärken, Hinweise auf Galizien, wo das Polentum herrscht, und Vergleiche mit dem, was dem polnischen Volke in Deutschland geboten wird. Wenn auch der Erfolg nicht augenblicklich sichtbar sein wird, so wird er doch nicht ausbleiben. Und wenn es auch vielleicht nicht gelingen sollte, solche, die schon dem Polentum verfallen sind, dadurch zu Deutschen zu machen, so würde es doch wenigstens so manchen, der heut noch deutsch denkt oder sich überhaupt keine Gedanken über diese Dinge macht, abhalten, ins polnische Lager überzugehen. Diese Zeitung dürfte imstande sein, den polnischen Zeitungen einen erheblichen Teil ihres Leserkreises zu entfremden, eines Leserkreises, der — man denke z. B. an die vielen nur gebrochen deutsch Sprechenden, aber gut deutsch gesinnten Mitglieder der Kriegervereine — ja nur eine in seiner Muttersprache geschriebene Zeitung sucht, nicht aber die großpolnischen Hefereien, die ihm in der nationalpolnischen Presse nur aufgedrängt werden und die hier überhaupt nicht bodenständig, sondern in ein friedliches Volk hineingetragen worden sind von einer Anzahl von Posener Herren, die niemand um ihr Erscheinen gebeten hatte. Er wird eine Zeitung, die ihm in polnischer Sprache Deutschtum in maßvoller Form bringt und die sonst sein Interesse erweckt, lieber lesen als die polnische Hefepresse.

Einen gefährlichen Feind würde ein solches Blatt allerdings finden, nämlich die polnischen Priester. Vielleicht ließe sich diese Gefahr mildern, wenn sich deutsch empfindende, vom Zentrum unabhängige Katholiken der Sache annähmen, ein schönes Feld der Betätigung für gewisse Organisationen. Ob der ganze Gedanke zeitungstechnisch und finanziell durchführbar ist, wage ich nicht zu entscheiden und kann ich nicht entscheiden. Freilich müßte, wenn überhaupt, dann bald etwas geschehen, denn in Oberschlesien ist jeder Tag kostbar, zumal in den gegenwärtigen Zeitaläufen. R—r

